

Schweiz

«Ich habe bewiesen, dass ich führen kann»

Auch Jacqueline Fehr kandidiert für den Bundesrat. Sie fühlt sich dazu geeignet - auch ohne Exekutiverfahrung.

Von Fabian Renz

Es war vor allem eine Frage, die Jacqueline Fehr bei ihrer gestrigen Medienkonferenz in Zürich immer und immer wieder beantworten musste: Warum hat sie mit ihrer Bewerbung für die Nachfolge von Bundesrat Moritz Leuenberger so lange zugewartet? Schliesslich weiss man von den übrigen SP-Kandidatinnen - Simonetta Sommaruga, Hildegard Fässler, Eva Herzog - teilweise schon seit Wochen. Und Fehr gab die Antwort, gab sie auf Hochdeutsch, gab sie in Mundart, gab sie auf Französisch, sprach sie in Mikrofone, diktierte sie in Notizblöcke: «Wenn man die Möglichkeit hat, sich einen wichtigen Entscheid gründlich zu überlegen, sollte man sie nutzen.» Die 47-jährige Nationalrätin aus Winterthur bewältigte den polyglotten Interviewmarathon mit der Souveränität der Politveteranin, die weiss, was auf sie zukommt - allwöchentlich auf sie zukommen wird, falls sie künftig nach Bundesratsitzungen am Mittwoch den Medien Rede und Antwort stehen muss.

Frau Fehr, was war es vor allem, das Sie so lange zögern liess mit Ihrer Kandidatur?

Ich wollte alle Gründe pro und kontra sorgfältig gegeneinander abwägen. Vieles am Bundesratsamt reizt mich, in erster Linie die Gestaltungsmöglichkeiten und die Teamarbeit. Auf der anderen



Jacqueline Fehr Video-Interview mit der Bundesratskandidatin. iPhone: In Tagi-App unter TA+

Seite standen die Einschränkungen der persönlichen Freiheit sowie der Umstand, dass man als Bundesrätin sehr exponiert ist. Ich trete jetzt aber mit voller Überzeugung an und traue mir das Amt auch zu.

War es nicht so, dass Sie sich von einer späten Kandidatur einfach taktische Vorteile erhofften?

Solche Überlegungen spielten keine Rolle. Ich erachte meine Chancen als intakt, sowohl in der eigenen Fraktion als auch in der Bundesversammlung. Auf Prozentprognosen möchte ich mich aber nicht einlassen.

Ihnen fehlt die Regierungserfahrung. Da ist es sehr mutig, direkt ein Bundesratsamt anzusteuern.

Ich glaube, ich habe in den letzten Jahren zur Genüge bewiesen, dass ich führen kann. Führen heisst: Ziele erreichen. Es ist mir zusammen mit anderen gelungen, Projekte wie den Infrastrukturfonds oder die Mutterschaftsversicherung mehrheitsfähig zu machen. Daneben habe ich immer wieder Teams und Abteilungen geleitet: in der Verwaltung, in Arbeitsgruppen, in Nichtregierungsorganisationen.

Sie sind auf Gesundheits- und Verkehrsthemen spezialisiert. Was aber, wenn Sie der Bundesrat zur Verteidigungsministerin macht?

Man muss zur Übernahme jedes Departements bereit sein. Es hat auch Vorteile, wenn man ohne spezielle Vorkenntnisse und dafür mit dem ungetriebenen «Blick von aussen» ein solches Amt antritt.

Wie steht es mit dem «Blick von links»? Der Gewerkschaftsflügel Ihrer Partei ist skeptisch, ob Sie im Bundesrat wirklich eine dezidiert linke Politik vertreten würden.

Die Schweizer Regierung wendet sich gegen ein Verschleierungsverbot für Frauen, weil es zu weit geht und mit vernünftigem Aufwand nicht durchsetzbar wäre. Sie empfiehlt die Ablehnung eines SVP-Postulats, in dem ein Verbot aller Formen der Verschleierung von Frauen verlangt worden war. Unter das Verschleierungsverbot würden nicht nur die Kopftücher von muslimischen Frauen fallen, so die Regierung, sondern auch Gewänder von Frauenorden sowie Kopftücher, die sich Frauen zum Schutz vor der Witterung umbinden. (SDA)

Ich kandidiere als Sozialdemokratin, selbstverständlich mit der Absicht, sozialdemokratisches Gedankengut in den Bundesrat einzubringen. Das Ziel muss aber immer sein, ausgehend von klaren Positionen mehrheitsfähige Lösungen zu finden.

Eine Ihrer Hauptkonkurrentinnen ist Simonetta Sommaruga. Warum sollte das Parlament Sie wählen statt Frau Sommaruga?

Das Parlament soll entscheiden, wen es für dieses Amt geeigneter findet. Ich habe mit Frau Sommaruga vor allem in der Gesundheitspolitik immer bestens zusammengearbeitet. Die SP-Fraktion wird der Bundesversammlung sicher zwei sehr gute Kandidatinnen präsentieren. Ich bringe Folgendes mit: viel politische Erfahrung, eine gute Verankerung in allen Landesteilen, ehrliches Interesse an der Meinung anderer, den Willen, in einem politisch gemischtem Team Kompromisse zu erarbeiten.

Aber was unterscheidet Sie von Frau Sommaruga?

Das sollen die Medien aufzeigen.

Sagen Sie uns dafür, wo Sie Unterschiede zu Hildegard Fässler sehen, die es ja ebenfalls auf das SP-Ticket schaffen könnte?

Von aussen gesehen, ist es vor allem der Altersunterschied. Und auch ein wenig die Dossierschwerpunkte. Unsere politischen Positionen liegen aber sehr nahe beieinander.

Was sagt eigentlich Ihre Familie zur Kandidatur?

Meine Söhne finden es «cool». Für meinen Entscheid war wichtig, dass ihre Lebensqualität im Falle meiner Wahl nicht beeinträchtigt würde.

Sie leben in Trennung von Ihrem Ehemann. Die «Weltwoche» hat Ihnen dafür ein taktisches Motiv unterstellt: Gemeinsam würden Sie zu viel verdienen für den SP-Geschmack. Was sagen Sie dazu?

Nur so viel: Es gibt bessere und schlechtere Journalisten. Ich glaube, ich muss nicht zu jedem Unsinn einen Kommentar abgeben.

Verraten Sie uns denn, wie viel Sie verdienen?

Gemeinsam versteuern mein Mann und ich zurzeit ein Einkommen von 200 000 Franken und ein Vermögen von 700 000 Franken; den grössten Teil macht dabei unser Haus aus. Wir haben das im Übrigen immer offengelegt. Stellen Sie diese Frage auch anderen Kandidatinnen und Kandidaten?

Wenn sie zum Politikum wird, ja. Wie lange würden Sie uns als Bundesrätin eigentlich erhalten bleiben? 15 Jahre wie Moritz Leuenberger?

(Lacht.) Ich glaube, in der heutigen Zeit sind 10 Jahre im Bundesrat die obere Grenze. Dann ist es angebracht, den Stab weiterzuziehen.

Übrigens: Ganz zum Schluss der Medienkonferenz, auf Nachfrage des TA, liess sich Fehr doch noch Auskunft über eine Differenz zu Sommaruga entlocken - wenn nicht gar eine kleine Spitze gegen die Konkurrentin aus Bern. Auf die Frage, ob sie wie Sommaruga mit Stimmentraining an ihrem Auftritt feile, antwortete Fehr kurz und knapp: «Dazu fehlt mir die Zeit.»

Nachrichten

Staatsbesuch
Leuthard unterzeichnet
Aktionsplan mit Russland

Bundespräsidentin Doris Leuthard hat anlässlich ihres Treffens mit Russlands Präsident Dmitri Medwedew in Sotschi einen dreijährigen Aktionsplan für die wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Damit wird die bisherige Kooperation mit Russland verstärkt. Auch die Verfahren gegen den Investor Viktor Kveselberg wegen mutmasslicher Börsendelikte waren ein Thema. In dieser Angelegenheit sei allerdings Stillschweigen vereinbart worden, erklärte Pressesprecher Christophe Haas. (SDA)



«Ich wollte alle Gründe pro und kontra gegeneinander abwägen»: Bundesratskandidatin Jacqueline Fehr. Foto: Daniel Kellenberger

Jacqueline Fehrs Wahlchancen

Fässler könnte Fehr gefährlich werden

Wen wird die SP neben Simonetta Sommaruga als Bundesratskandidatin vorschlagen: Jacqueline Fehr oder Hildegard Fässler?

Von Patrick Feuz, Bern

Intern steht bereits fest: Die SP wird dem Parlament für die Nachfolge von Moritz Leuenberger einen Zweiervorschlag präsentieren. Klar ist auch: Die Kandidatinnen, die es nicht auf offizielle SP-Wahlticket schaffen, haben praktisch keine Chance, am 22. September trotzdem Bundesrätin zu werden. Anders als in früheren Fällen ist der Spieltrieb der Bundesversammlung, eine «wilde» Kandidatur zu unterstützen, eher gering.

SP-Intern rechnen nur wenige damit, dass die 51-köpfige Bundeshausfraktion bei ihrer Sitzung vom 3. September die Bewerberin aus Basel, Regierungsrätin Eva Herzog, nominiert. Hingegen gehen die meisten von einem Ticketplatz für Simonetta Sommaruga aus. Die linksliberale Berner SP-Ständerätin hat sich mit ihrer Arbeit bei einem beträchtlichen Teil der Fraktion Respekt verschafft. Zudem sagen selbst Vertreter der Parteilin-

ken, die SP könne es sich nicht leisten, die im Volk populäre Sommaruga zu brüskieren.

Offen ist, wer neben der Bernerin das Rennen macht. Anhänger Sommarugas werden aus taktischen Gründen versuchen, der Zürcher Nationalrätin Jacqueline Fehr zum Durchbruch zu verhelfen. So liess sie das für Sommaruga in der Bundesversammlung potenziell gefährliche Argument der Kantonszugehörigkeit entschärfen. Denn falls für die Nachfolge von FDP-Bundesrat Hans-Rudolf Merz der Berner Johann Schneider-Ammann der Top-Favorit bleibt, kann das Parlament nur noch entscheiden, ob es lieber den Bernern oder den Zürchern eine Doppelvertretung gönnt. Zwei Bundesräte aus Bern, so eine weitverbreitete Einschätzung, finden viele weniger schlimm als zwei aus Zürich. Mit anderen Worten: Schafft es Fehr auf das Ticket der SP, verbessert das Sommarugas Wahlchancen. Auch deshalb, weil die Zürcherin wegen ihrer manchmal un diplomatischen Art bei etlichen Bürgerlichen wenig Sympathien geniesst.

Gefährlicher wäre für Sommaruga, wenn es die St. Galler Nationalrätin Hildegard Fässler auf das SP-Wahlticket schafft. Eine Nomination der 59-Jähri-

ger gilt als durchaus möglich. Denn Fässler ist innerhalb der SP-Fraktion sehr beliebt.

Manöver gegen Sommaruga?

Politisch steht Fässler weiter links als Sommaruga, doch vielen Bürgerlichen dürfte dies am Wahltag egal sein - immerhin geht es um die Besetzung eines SP-Sitzes. Wie Sommaruga ist auch Fässler umgänglich und deshalb im bürgerlichen Lager geschätzt. Mit der St. Gallerin liess sich der laute Ostschweizer Wunsch nach einem Regierungssitz erfüllen. Vor allem aber schielen manche Bürgerliche insgeheim auf die Nationalratswahlen 2011: Sie befürchten, die populäre Sommaruga könnte der SP als Bundesrätin aus dem Wahltief helfen, wogegen Fässler weit weniger publikumswirksam ist. Nicht zuletzt aus der SVP sind solche Stimmen zu hören. Möglicherweise ist es kein Zufall, dass Roger Köppel, Chefredaktor der SVP-nahen «Weltwoche», im «Zischtingsclub» seiner Sympathie für Fässler Ausdruck gab.

Vor diesem Hintergrund wird klar: Jacqueline Fehr hat den Platz auf dem SP-Ticket nicht auf sicher. Und ihre Wahlchancen am 22. September sind wohl geringer als bisher angenommen.

Korrekt

Einwanderung ging zurück

Der Beitrag zur Bevölkerungsstatistik im TA vom Mittwoch (25. 8.) brachte einige Angaben durcheinander. Zwar ging die Zahl der Einwanderungen tatsächlich zurück, die genannten Zahlen bezogen sich allerdings nur auf die Zu- und Abwanderung deutscher Staatsbürger.

Im Jahr 2009 wanderten insgesamt 160 600 Personen ein, das waren rund 13 Prozent weniger als im Vorjahr. Gleichzeitig wanderten auch mehr ab als im Jahr zuvor, nämlich 59 000. Die Differenz zwischen Ab- und Zuwanderung nahm gegenüber 2008 um 24 Prozent ab. Für den Fehler bitten wir um Entschuldigung. (TA)

Schwyzer Regierung
gegen Burka-Verbot

Die Schwyzer Regierung wendet sich gegen ein Verschleierungsverbot für Frauen, weil es zu weit geht und mit vernünftigem Aufwand nicht durchsetzbar wäre. Sie empfiehlt die Ablehnung eines SVP-Postulats, in dem ein Verbot aller Formen der Verschleierung von Frauen verlangt worden war. Unter das Verschleierungsverbot würden nicht nur die Kopftücher von muslimischen Frauen fallen, so die Regierung, sondern auch Gewänder von Frauenorden sowie Kopftücher, die sich Frauen zum Schutz vor der Witterung umbinden. (SDA)

Gleichstellung

Behindertes Kind bekommt nun doch den Schweizer Pass

Ein zwölfjähriges Kind mit einer geistigen Behinderung ist von der Bürgergemeinde Menzingen ZG nun doch eingebürgert worden. Vor zwei Jahren hatte es die Behörde abgelehnt, auf das Gesicht einzutreten. Das Kind, das eine heilpädagogische Schule besucht, sei im Gegensatz zu ihren zwei eingebürgerten Geschwistern nicht urteilsfähig (TA vom 30. 10. 2008). Die Fachstelle Egalité Handicap hatte den Entscheid als Diskriminierung kritisiert, der Regierungsrat die Beschwerde gütig gelassen. (bm.)

Rüstungsprogramm

Armee erhält kein zusätzliches Geld für Material

Nach dem Willen der Finanzkommission des Ständerats soll die Armee kein zusätzliches Geld für Material erhalten. Die vorgesehenen Mittel dürfen nicht erhöht werden. Die Finanzkommission erteilt damit Bundesrat und Sicherheitskommission eine Absage. Der Bundesrat hatte zusätzlich 122 Millionen Franken für Transportfahrzeuge beantragt. Wenn die Prioritäten neu gesetzt werden sollten, so die Kommission, müsse dies innerhalb der Limiten des Rüstungsprogramms geschehen. (SDA)